



# Rathaus direkt

Informationen der CDU-Ratsfraktion - Nummer 20 - Juni 2017

## Glückwunsch Markus, Glückwunsch Münster!

„Münsteraner“ – so betitelte die Frankfurter Allgemeine ein Portrait des münsterischen Oberbürgermeisters nach der Wahl von Markus Lewe zum künftigen Präsidenten des Deutschen Städtetages. Die Zeitungsüberschrift deutet an, welche Chancen in dem neuen Amt für die ganze Stadt liegen. Das wurde auch an den beiden Tagen der Hauptversammlung in Nürnberg deutlich, die unter dem Motto „Heimat. Zukunft. Stadt“ stand und die ich für die CDU-Ratsfraktion zusammen mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Frank Baumann besucht habe. Die Themen, um die es dort ging, sind auch die Themen Münsters: Wohnungsbau, Mobilität, Bildung, Zusammenhalt, Glaubwür-

digkeit. Natürlich geht es auch darum, wie alles zu bezahlen ist. Der Wert der lokalen Demokratie wurde auch daran deutlich, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den 1.400 Teilnehmern sprach und einen Tag später Vizekanzler Sigmar Gabriel. Markus Lewe wird, wenn er sein Ehrenamt zum 1. Januar antritt, der erste Gesprächspartner der deutschen Städte für die neue Bundesregierung sein. Glückwunsch Markus Lewe, Glückwunsch Münster!

Stefan Weber



Oberbürgermeister Markus Lewe stellt sich als künftiger Präsident den 1.400 Delegierten und Gästen des Deutschen Städtetages in der Messe Nürnberg vor.

## Wortwörtlich

*„Der Deutsche Städtetag ist ein Forum der Zuversicht für die lokale Demokratie in Deutschland.“*

*„Ich lade Sie herzlich ein nach Münster ab dem 10. Juni zur Skulpturenausstellung.“*

*„Mobilität ist ein Riesenthema. Zu viele Menschen verlieren zu viel Lebenszeit im Stau.“*

Markus Lewe, Münsters Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages 2018/2019

# Kommunalpolitik rechnet fest mit Angela Merkel

Angela Merkel hatte morgens die Kabinettsitzung in Berlin geleitet. Um Punkt 13 Uhr betrat sie die Bühne der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Um 13.30 Uhr verließ sie das Nürnberger Kongresszentrum wieder, denn um 14.30 Uhr musste sie in Berlin den chinesischen Ministerpräsidenten empfangen. Da konnte es Markus Lewe vergleichsweise entspannt angehen, als ihn die Kanzlerin auf der Bühne in der ersten Reihe der deutschen Oberbürgermeister begrüßte. Er wurde erst am nächsten Tag zum künftigen Präsidenten des Städtetages gewählt.

Wenn es nach der Einschätzung der 1.400 Kommunalpolitiker und Gäste im Saal ging, dann wird er es in diesem Amt auch künftig mit Angela Merkel zu tun haben. Als die Kanzlerin zum Ende ihrer knapp 30-minütigen Rede ankündigte, nach der Bundestagswahl im September zu klären, was der Bund bei der Flüchtlingsintegration finanziell weiter für die Städte und Gemeinden tun könne, da schob sie den Satz nach, der schallendes Gelächter im Publikum auslöste: „... soweit ich es heute zusagen kann.“ Die deutsche Kommunalpolitik, weiß Gott nicht nur CDU/CSU-dominiert, scheint keinen Zweifel daran zu haben, wer nach der Wahl wieder ins Kanzleramt einzieht. Dabei unterstützt der Bund die Kommunen schon stark, nach einer Liste des Bundesfinanzministeriums vom Jahr 2000 bis 2018 mit 75 Mrd. Euro („Merkels Milliarden“). Ob Zuwanderung, Finanzausstattung, Wohnungsbau oder Verkehrsinfrastruktur – nicht nur die Städte spüren die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Auch die



**Auch nach der Bundestagswahl Gesprächspartner? Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach einen Tag vor der Wahl von Markus Lewe zum Städtetagspräsidenten.**

Kanzlerin sprach die Themen an. Zur Digitalisierung vernahmten die Kommunalpolitiker eine spezielle Merkel-Botschaft: „Akzeptanz entsteht heute viel individueller. Fünf Leitsätze, hinter denen sich alles versammelt, reichen längst nicht mehr. Das politische Angebot muss in Zeiten, in denen Müsli und Auto maßgeschneidert bestellt werden, auf besondere Lebenslagen abgestimmt sein. Städte und Gemeinden spielen dabei eine

wichtige Rolle.“ Ein „Bürgerportal“ soll künftig dafür sorgen, dass die Leute ihre Daten nicht bei jedem Ämterbesuch neu eingeben müssen. „Das reicht auch ein oder zwei Mal.“

Merkels Auftritt war souverän, voller Inhalt und gut gelaunt. Vielleicht hatte sie kurz vor ihrer Landung in Nürnberg die neueste Umfrage gelesen. Danach soll sie in Bayern noch beliebter sein als im Rest der Republik.

## Wortwörtlich

**„Den Kommunen mangelt es nicht an Aufgaben. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung sie in den vergangenen Jahren finanziell entlastet und damit ihre Investitionsfähigkeit gestärkt.“**

**„Straßen, Wohnraum, Kindergärten oder Behördenleistungen – bei diesen und vielen anderen Themen ist stets Erneuerung gefragt.“**

**„Eine ordentliche Mitteltemperatur nützt nichts, wenn der eine im Tiefkühlfach und der andere im heißen Ofen sitzt.“ (zur Erläuterung, warum der**

**„Königsteiner Schlüssel“ als Maßstab für die Länderbeteiligung an der Staatsfinanzierung untauglich geworden ist)**

**„Die meisten Berührungspunkte von Bürgern mit ihrem Staat finden auf kommunaler Ebene statt.“**

**„Ich achte Kommunalpolitiker sehr, weil sie nicht weglaufen können. Sie sehen die Bürger morgens beim Bäcker bis abends im Gasthaus.“**

Angela Merkel, Bundeskanzlerin



Markus Lewe löst Eva Lohse (beide CDU) am 1. Januar an der Spitze des Deutschen Städtetages ab. Die Hauptversammlung wählte ihn am 1. Juni in Nürnberg zum künftigen Präsidenten bis zur Hauptversammlung 2019 in Dortmund. Die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Lohse ist seit 2015 Präsidentin. Ihr Vorgänger, der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD), amtierte zuvor seit 2013 und ist heute Vizepräsident.

## Wortwörtlich

*„Kanzlerin und Vizekanzler haben die Wertschätzung der Kommunen deutlich gemacht.“*

*„Städte bieten Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt – Zukunftsfähige Städte sichern politische Stabilität.“*

*„Diese Bundesregierung ist kommunalfreundlich.“*

Eva Lohse, Ludwigshafens Oberbürgermeisterin und scheidende Städtetagspräsidentin

# Heimat. Zukunft. Stadt.

■ Die Städte in Deutschland haben ihren Willen und ihre Bereitschaft betont, sich den aktuellen Herausforderungen von Zu- und Abwanderung, Investitionsbedarf, Finanzschwäche, Demografie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu stellen und geeignete Lösungen zu entwickeln. Sie stehen als Partner von Bund und Ländern bereit, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern. Partnerschaftliches Miteinander bedeute aber auch, als Partner respektiert und vor schleichender Überlastung geschützt zu werden. Das hat der Deutsche Städtetag zum Abschluss seiner Hauptversammlung in Nürnberg unter dem Motto „Heimat. Zukunft. Stadt“ in einer „Nürnberger Erklärung“ deutlich gemacht.

■ Die deutschen Städte wollen Heimat für alle ihre Bürgerinnen und Bürger sein und ihnen beste Chancen für eine lebenswerte Zukunft bieten. Damit das gelingen kann, müsse die Stadt funktionieren, mit ihrer ganzen Infrastruktur, müssten die Städte ihre Aufgaben erfüllen, für Sicherheit und sozialen Ausgleich sorgen und brauchen sie Sport, Kultur und bürgerschaftliches Engagement. Wenn das alles zusammen kommt – und auskömmlich finanziert ist – dann werde aus Heimat Zukunft.

■ Der Deutsche Städtetag setzt sich dafür ein, die Investitionskraft der Städte zu stärken, langfristig zu sichern und mehr Investitionen in die kommunale Infrastruktur zu ermöglichen.

■ Der Deutsche Städtetag zeigt sich be-

sorgt angesichts des weiterhin bestehenden Wohnungsmangels und überdurchschnittlich steigender Mietpreise. Zwar sind in den vergangenen Jahren sowohl die Zahl der erteilten Baugenehmigungen als auch die Zahl fertiggestellter Wohnungsneubauten gestiegen. Vor allem in Groß- und Universitätsstädten mit wachsenden Einwohnerzahlen bleibe es für breite Bevölkerungsschichten aber weiterhin sehr schwierig, bezahlbare Wohnungen zu finden.

■ Die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft ist eine große Herausforderung. Mit

beständigem Engagement und Einsatz versuchen die Städte, diese Aufgabe zu meistern.

■ Im Vergleich zu den desaströsen Vorjahren konnten viele Städte ihre Finanzsituation verbessern. Vielen Kommunen bleibt es jedoch unmöglich, den Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen.

■ Die Verkehrsinfrastruktur in den Städten ist an vielen Stellen notleidend. Die notwendige Sanierung von wichtigen kommunalen Brücken, Tunneln, Straßen und der ÖPNV-Infrastruktur überfordert viele Städte finanziell.



„Manchmal muss man etwas reisen, um Markus Lewe zu wählen“ – Fraktionschef Stefan Weber und sein Stellvertreter Frank Baumann mit dem Oberbürgermeister am Feierabend des Städtetages beim Empfang der Nürnberger CSU-Ratsfraktion.